



Protokoll der 25. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. März 2015, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Eugster Thomas, Meyer Denis und Schäublin Max

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

-

://: Der Absetzung des Traktandums Nr. 10 „Elefantenbrüggli“ bzw. der Behandlung des stadrätlichen Berichtes der Vorlage Nr. 2012/219a innerhalb des Traktandums Nr. 4 (Sammelvorlage Verkehr 2014) wird einstimmig zugestimmt.

://: Dem Antrag der Postulanten für die Absetzung des Traktandums Nr. 13 „Jugendparlament“ wird einstimmig zugestimmt.

1. Protokoll der Ratssitzung vom 28.01.2015
://: Das Protokoll der Sitzung vom 28.01.2015 wird einstimmig genehmigt.
2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen 2015/177
://: Wahl von Patricia Bergamin (SVP) anstelle von Markus Meyer (SVP) als ordentliches FIKO-Mitglied und als GOR-Ersatzmitglied.
3. Schulanlage Frenke - Berichte Stadtrat, Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) betreffend Investitionskredit von TCHF 11'500 für Sanierung des Primarschulhauses in der Schulanlage Frenke; 2. Lesung / Beschlussfassung 2014/145
2014/145a
2014/145b
://: Der Bruttokredit von TCHF 11'500 wird in der 2. Lesung einstimmig genehmigt.
4. Verkehr, Sammelvorlage - Bericht BPK betreffend Vorlage „Liestal-Verkehr 2014“; Sammelvorlage betreffend Vorstössen Nr. 2010/135, Nr. 2011/152, Nr. 2012/219, Nr. 2012/9, Nr. 2012/21, Nr. 2012/27, Nr. 2013/49, Nr. 2013/51, Nr. 2013/71, Nr. 2013/83 und Nr. 2014/124 2014/144
2014/144a
://: Den BPK-Anträgen wird grossmehrheitlich zugestimmt.
5. Parkplätze entlang Kasernenstrasse - Schriftliche Beantwortung der Interpellation „Sturz nach Kollision mit Autotüre: Velofahrerin tot“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion durch den Stadtrat 2014/165
2014/165a
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
6. Religionsunterricht in Primarschule - Interpellation „Religionsunterricht in der Primarschule“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion 2014/166
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

7. Plakatierungen - Interpellation betreffend wilden Plakatierung von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion 2014/167
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
8. Markt - Postulat der SVP-, SP- und FDP-Fraktion sowie von Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend dem Liestal Markt 2014/168
://: Das Postulat wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.
9. Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS - Schlussbericht Stadtrat zum Postulat „Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung“ von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion 2013/38
2013/38a
2013/38b
://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2013/38b an die GOR zur Vorberatung überwiesen.
10. Schulsozialarbeit - Zweiter Bericht des Stadtrates zum Postulat von Dominique Meschberger der SP-Fraktion betreffend Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule (Primarstufe); wiederkehrende Personalkosten 2014/122
2014/122a
2014/122b
://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2014/122b an die SBK zur Vorberatung überwiesen.
11. Verkehrsordnung - Bericht Stadtrat zum Postulat „Verkehrsordnung im Stedtli durchsetzen“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion 2014/128
2014/128a
Vertagt wegen Zeitmangel.
12. WLAN - Postulat „Öffentliches WLAN im Stedtli zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt“ von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2015/172
Vertagt wegen Zeitmangel.
13. Radonmessungen - Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Radon-Messungen 2015/173
Vertagt wegen Zeitmangel.
14. Spitalfriedhof - Postulat betreffend Erhalt des Spitalfriedhofes von Gerhard Schafroth, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2015/174
Vertagt wegen Zeitmangel.
15. Schöntalweg velofrei - Postulat betreffend velofreiem Schöntalweg von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2015/175
Vertagt wegen Zeitmangel.

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie die Gäste und Medienvertreter zur März-Sitzung des Einwohnerrates Liestal. Ganz speziell begrüsst er Herrn Daniel Muri als designiertes Stadtratsmitglied, welcher die heutige Sitzung noch von der Tribüne aus verfolgen wird.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Stadtpräsident Lukas Ott wird die heutige Sitzung um 18.30 Uhr verlassen müssen. Krankheitsbedingt musste sich Stadträtin Marion Schafroth für die heutige Sitzung entschuldigen lassen.
- Der Amtsbericht 2014 (Nr. 2015/176) ist der GPK zur Vorberatung überwiesen worden.
- Vorgängig der heutigen Sitzung ist von Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) dem Ratspräsidenten ein Schreiben übergeben worden, mit dem sie ihren Rücktritt per 31. März 2015 bekannt gibt. Das Schreiben wird verlesen und der Ratskollegin für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- An der heutigen Sitzung wird letztmals Stadtrat Peter Rohrbach in seiner Funktion als Exekutivmitglied präsent sein. Dieser war im Einwohnerrat vom 1.7.1995 - 30.06.2004. Nach seiner Wahl als Stadtratsmitglied war er vom 1.7.2004 - 30.06.2012 als Finanzchef und vom 1.7.2012 - 31.03.2015 als Departementsvorsteher des Stadtbauamtes zuständig. Für das 20-jährige Engagement als Politiker von Liestal spricht er dem scheidenden Stadtratsmitglied an seiner heutigen letzten Sitzung den besten Dank aus und überreicht ihm als kleine Anerkennung drei Flaschen Ehrenwein.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, rosa
- Neue Vorstösse Nr. 2015/178 - Nr. 2015/180

Neue persönliche Vorstösse

- Gemeindeinitiative Sozialhilfekosten - Motion „Gemeindeinitiative für eine fairere Verteilung der Sozialhilfekosten unter den Gemeinden“ von Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2015/178)
- Armut in Liestal - Postulat „Armut in Liestal: Jährliche Berichterstattung“ von Patrick Mägli und Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2015/179)
- Raumplanerische Zukunft Frenkentaler - Interpellation zur raumplanerischen Zukunft der beiden Frenkentaler“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/180)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bernhard Bonjour (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Peter Rohrbach bedankt sich für die vorgängige Verabschiedung und Würdigung durch den Ratspräsidenten. Wie er ab April die zusätzliche Freizeit nutzen wird, weiss er auch noch nicht. Zu seinen im Rücktrittsschreiben gemachten Aussagen möchte er nichts mehr hinzufügen und er hat auch keine Lust auf Stellungnahmen von einigen Wadenbeisern einzugehen, welche sich in den letzten Wochen geäussert hatten. Wichtig war ihm in seiner Amtszeit als Stadtrat immer der Dialog zwischen dem Einwohnerrat und seinen Kommissionen gewesen.

Stadträtin Regula Nebiker informiert betreffend den ausstehenden Wasserrechnungen des Kantons darüber, dass beim Verwaltungsgericht ein Vergleich zustande gekommen ist und der Kanton Basel-Landschaft der Stadt den Betrag von CHF 265'000.-- überweisen wird. Das Geschäft kann somit als erledigt ad acta gelegt werden.

Traktandenliste

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert über folgende Änderungsanträge betreffend der Traktandenliste der heutigen Sitzung:

- **Postulat „Elefantenbrüggli“ (Nr. 2012/219)**

Der Stadtrat und das Büro schlagen dem Rat die Absetzung des Traktandums Nr. 10 bzw. des Postulates „Elefantenbrüggli“ (Nr. 2012/219) vor. Die stadträtliche Postulatsbeantwortung (Nr. 2012/219a) soll im Zusammenhang mit der „Verkehr“-Sammelvorlage Nr. 2014/144 (Trakt.-Nr. 4) behandelt werden.

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren zum Vorschlag des Stadtrates und des Büros angemeldet.

://: Der Absetzung des Traktandums Nr. 10 „Elefantenbrüggli“ sowie der Behandlung des stadträtlichen Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2012/219a beim Traktandum Nr. 4 wird einstimmig zugestimmt.

- **Postulat „Jugendparlament“ (Nr. 2015/171)**

Postulantin Anna Ott (GL) muss die heutige Sitzung um ca. 18.30 Uhr veranlassen und beantragt namens der Postulanten, dass das Traktandum Nr. 13 „Jugendparlament“ (Nr. 2015/171) von der heutigen Traktandenliste abgesetzt und auf die nächste Ratssitzung vom 23. April neu traktandiert wird.

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren zum Begehren der Postulanten angemeldet.

://: Der Absetzung des Traktandums Nr. 13 „Jugendparlament“ von der heutigen Traktandenliste wird einstimmig zugestimmt.

261 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 28.01.2015

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Ratsprotokoll vom 28. Januar 2015 eingegangen sind.

Er kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Protokoll aus der Ratsmitte keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 28. Januar 2015 wird einstimmig genehmigt.

262 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2015/177)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass betreffend den Wahlvorschlägen der SVP-Fraktion keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Wahlen gesamthaft vorgenommen werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder gewählt:

Finanzkommission (FIKO)

- Bergamin Patricia (SVP) anstelle von Markus Meyer als ordentliches FIKO-Mitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Bergamin Patricia (SVP) anstelle von Markus Meyer als Ersatzmitglied der GOR

263 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Schulanlage Frenke - Berichte Stadtrat, Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) betreffend einem Investitionskredit von TCHF 11'500 für die Sanierung des Primarschulhauses in der Schulanlage Frenke; 2. Lesung / Beschlussfassung (Nr. 2014/145)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Bereits bei der 1. Lesung und Beratung an der Sitzung vom 28.01.2015 wurde festgehalten, dass das Geschäft mit einem Investitionskredit von TCHF 11'500 dem obligatorischen Referendum untersteht und somit zweifach zu beraten ist.

Das Büro schlägt den Ablauf bei der Beratung und Beschlussfassung des vorliegenden Geschäfts wie folgt vor:

- *Allfällige Ergänzungen von BPK-Präsident sowie SBK-Präsidentin*
- *Allfällige Ergänzungen seitens Stadtrat*
- *Einzelgespräch, Beratung und Diskussion*
- *Abstimmung*

* * * * *

- ***Allfällige Ergänzungen von BPK-Präsident sowie SBK-Präsidentin***

Diego Stoll (SP) informiert als BPK-Präsident darüber, dass er keine Ergänzungen anzubringen habe.

Corinne Ruesch (GL) erklärt als SBK-Präsidentin, dass sie seit der ersten Lesung an der letzten Sitzung ebenfalls über keine neuen Erkenntnisse zu berichten habe.

- ***Allfällige Ergänzungen seitens Stadtrat***

Stadtrat Peter Rohrbach führt aus, dass auch seitens Stadtrat keine Ergänzungen zum Geschäft zu machen sind.

- ***Einzelgespräch, Beratung und Diskussion***

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) erklärt, dass sich nun die Ratsmitglieder zum Geschäft äussern können. Die Rednerinnen und Redner möchten bitte darauf verzichten, bereits an der letzten Sitzung gemachte Voten heute nochmals zu wiederholen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, ob Aktivitäten im Zusammenhang mit der bevorstehenden Abstimmung geplant sind.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass die Abstimmung auf den 14. Juni 2015 geplant ist und der Stadtrat ist bereits an der Ausarbeitung der Botschaft für die Stimmberechtigten. Vom Stadtrat sind keine weiteren Massnahmen geplant.

Pascal Porchet (FDP) hält fest, dass er die von ihm an der letzten Sitzung gemachten Aussagen heute nicht wiederholen möchte. Das Geschäft mit einem Investitionsvolumen von 11,5 Mio. Franken ist für die Stadt Liestal doch recht bedeutungsvoll und dieses ist von den beiden einwohnerrätlichen Kommissionen BPK und SBK auch sehr gut vorbereitet worden. Im Sinne einer Signalwirkung für die Volksabstimmung wäre es deshalb wichtig, dass der Rat den beantragten Kredit auch einstimmig bewilligen würde. Die Einstimmigkeit ist wichtig, denn in der Vergangenheit mussten einige Schulanlagen in der Umgebung grössere Hürden bei den Volksentscheiden nehmen. Mit einem einstimmigen Entscheid würde auch das bisher Geleistete im Zusammenhang mit diesem Projekt honoriert.

- **Abstimmung**

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Da die BPK den stadträtlichen Antrag unterstützt, ist nur über den Stadtratsantrag abzustimmen.

://: Der Einwohnerrat genehmigt mit 37 Ja-Stimmen einstimmig einen Bruttokredit in der Höhe von TCHF 11'500 für die Sanierung des Primarschulhauses in der Schulanlage Frenke.

264 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Verkehr, Sammelvorlage - Bericht BPK betreffend Vorlage „Liestal-Verkehr 2014“; Sammelvorlage betreffend Vorstössen Nr. 2010/135, Nr. 2011/152, Nr. 2012/219, Nr. 2012/9, Nr. 2012/21, Nr. 2012/27, Nr. 2013/49, Nr. 2013/51, Nr. 2013/71, Nr. 2013/83 und Nr. 2014/124 (Nr. 2014/144)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten im Rat unbestritten ist.

Das Büro schlägt die Vorgehensweise und den Ablauf betreffend der Beratung und Beschlussfassung der Sammelvorlage wie folgt vor:

- *BPK-Bericht: Vorstellen durch Präsident*
- *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- *Beratung und Beschlussfassung der einzelnen Vorstösse in der Reihenfolge der BPK-Anträge*
- *Postulat „Elefantenbrüggli“: inkl. Thematisierung von SR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/219a*

Er kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat mit dem vorgeschlagenen Vorgehen sowie Ablauf einverstanden erklären kann.

- ***BPK-Bericht (Vorlage Nr. 2014/144a)***

Diego Stoll (SP) sagt, dass er sich vor seinen Äusserungen zum Geschäft namens der Bau- und Planungskommission noch bei Stadtrat Peter Rohrbach für die angenehme Zusammenarbeit bedanken möchte, die man in den vergangenen Jahren als BPK-Präsident und BPK-Mitglied erfahren durfte. Er wünscht ihm und seiner Ehefrau für die Zukunft alles Gute und überreicht ihm einen Blumenstrauss.

Stadtrat Peter Rohrbach bedankt sich für die nette Geste der BPK sowie die würdigenden Worte ihres Präsidenten.

Diego Stoll (SP) stellt als BPK-Präsident den Kommissionsbericht Nr. 2014/144a vor:

Die Beratung der Sammelvorlage hatte 4 Sitzungen beansprucht. Die Kommission wurde bei der Beratung von Verkehrsingenieur Markus Stöcklin unterstützt. Vor der Kommissionsberatung wurden auch die Verfasser der verschiedenen Vorstösse, welche in der Sammelvorlage thematisiert werden, zur Stellungnahme eingeladen. Es ist nur eine Rückmeldung eingegangen, welche dann in der BPK thematisiert wurde. Kurz möchte er sich noch zu den übergeordneten Themen äussern:

- a) *Wasserturmplatz*: Die heutige Infrastruktur ist unter Berücksichtigung der Anzahl Busse und Fahrgäste ungenügend. Zur Entschärfung des Sicherheitsproblems werden bereits heute über die Mittagszeit zwei Sicherheitskräfte eingesetzt, was die Stadt rund CHF 20'000.--/Jahr kostet. Ebenfalls kommt es zu lange Buswartezeiten bzw. einem Stauaufkommen wegen wartenden Autos. Damit die wartenden Busse nicht mehr überholt werden können, beantragt die BPK das Anbringen einer Sicherheitslinie. Unbestritten ist in der BPK, dass der Wasserturmplatz ein zentraler Bus-Umschlagsplatz bleiben soll. Eingehend wurde auch der Antrag betreffend der Verlängerung der Bushaltekante und die daraus resultierenden Folgen besprochen.

- b) *Bücheliplatz*: Erfreulich ist, dass der Verkehr in der Büchelistrasse zwischen 2002 und 2014 um rund 2/3 reduziert werden konnte und mit der Politik der kleinen Schritte möchte man künftig auch weiterfahren, da man mit dieser Vorgehensweise in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht hatte. Der Durchgangsverkehr in der Büchelistrasse soll weiter reduziert werden, der Zugang zu den Geschäften soll gewährleistet bleiben und die Attraktivität vom Einkaufszentrum Liestal soll unterstützt werden. Betreffend den vorgeschlagenen Massnahmen sowie Anträgen wird auf Seite 13 des Berichtes verwiesen.
- c) *Parkplatzregime/Einkaufszentrum Liestal*: In der BPK wurde diskutiert, ob man am bisherigen Parkplatzregime in der Altstadt festhalten soll oder ob gewisse Neuerungen ebenfalls Vorteile bringen könnten. Dem Stadtrat wird vorgeschlagen, weitere Bewirtschaftungsmassnahmen wie Poller, Schranken, Parkleitsystem usw. zu prüfen und dem Rat Bericht zu erstatten. Ebenfalls hatte man das Thema Parkgebühren besprochen und sich diesbezüglich mit Betreibern des Bücheli-Parkings unterhalten. Vor weiteren Massnahmen soll der Stadtrat eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben werden, damit man herausfindet, aus welchen Gründen man in Liestal einkauft oder aus welchen Gründen eben nicht.
- d) *Zentrumsanschluss*: Zu den im Bericht gemachten Aussagen sind heute keine weiteren Ergänzungen zu machen.
- e) *Rheinstrasse/Mühlemattstrasse*: Auch betreffend diesem Thema wird auf den BPK-Bericht verwiesen.
- f) *Politische Vorstösse*: Bei der Beratung der verschiedenen Vorstösse wird er sich anschliessend noch bei einzelnen Geschäften äussern.

Abschliessend dankt er allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Beratung der komplexen Verkehr-Sammelvorlage.

• **Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt der BPK für den guten und ausführlichen Bericht. Gesamthaft gesehen findet ihre Fraktion die Schlussfolgerungen der BPK sinnvoll. Insbesondere das Verkehrsregime in der Altstadt ist in ihrer Fraktion eingehend diskutiert worden und ein Teil ihrer Fraktion kann nicht alle BPK-Anträge unterstützen.

Beat Gränicher (SVP) schliesst sich dem Dank der Vorrednerin an. Seine Fraktion ist über den Wegfall von 7 Parkplätzen beim Wasserturmplatz natürlich gar nicht erfreut, schlussendlich gibt es wohl keine andere Lösung und so wird man auch diesen BPK-Vorgehensvorschlag unterstützen. Auch im Zusammenhang mit dem Bücheliplatz und der Büchelistrasse ist man der Meinung, dass man dort in kleinen Schritten weiter machen sollte. Es ist wirklich wichtig, dass die Lichtsignalanlage am Gestadeckplatz vom Kanton wunschgemäss neu gesteuert wird. Mit einem Hinweisschild könnten die wartenden Automobilisten gegebenenfalls darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Umfahrung über den Kantinenweg schneller wäre. Zum Parkplatz-Thema möchte er sich heute nicht äussern. Die SVP-Fraktion wird die verschiedenen Anträge der BPK grossmehrheitlich unterstützen.

Fabian Eisenring (SP) meint, dass der ausführliche BPK-Bericht aufzeige, dass von allen Beteiligten hervorragende Arbeit geleistet wurde. Dieser gibt auch einen sehr guten Überblick über die verschiedenen Vorstösse und Anliegen im Zusammenhang mit dem örtlichen Verkehr, was auch von seiner Fraktion verdankt wird.

Pascal Porchet (FDP) führt aus, dass in der BPK grosse und gute Arbeit im Zusammenhang mit der Verkehrs-Sammelvorlage geleistet wurde. Ihm ist es wichtig, dass die BPK die Verkehrsflüsse in Liestal nicht neu erfunden hat. Mit dem Wachstum von Liestal wird auch der Druck aller Parteien auf den Verkehr grösser werden. Er wünscht sich aber schon, dass der Rat nach der heutigen Beratung und Beschlussfassung der Verkehr-Sammelvorlage in naher Zukunft mit neuen Vorstössen zu diesem Thema etwas zurückhaltender sein wird, denn die heutigen Entscheide sollen eine Richtschnur betreffend dem Verkehr sein.

Hanspeter Zumsteg (GL) teilt mit, dass sich die Grüne Fraktion zu einigen wichtigen und übergeordneten Themen äussern möchte. Betreffend der „Erreichbarkeit vom Bahnhof und Einkaufszentrum Stedtli für alle“ wird auf die stadträtliche Aussage im Entwicklungsplan 2014 verwiesen, wonach es in Liestal möglich sein soll, ohne eigenes Auto auszukommen. Für viele Quartiere stimmt diese Aussage. Dennoch gibt es die zwei benachteiligten Quartiere Langhag und Sichtern, welche über keinen ÖV-Anschluss im Umkreis von 1 Kilometer verfügen. Die Stadt Liestal hatte 1,8 Mio. Franken zu Gunsten des Einkaufszentrums Liestal in das Parkhaus Bücheli investiert und weitere 1,3 Mio. Franken wurden zu Gunsten des Parkhauses im Rebgarten bewilligt. Wie auch vom Gewerbe bestätigt wird, kommen etwa 2/3 der Kunden zu Fuss oder mit dem öffentlichen Verkehr ins Stedtli. Die Grünen möchten deshalb mit einer Initiative bei der Bevölkerung abklären, ob Bedürfnisse für einen Ortsbus mit Taktfahrplan bestehen. Die jährlichen Beiträge von CHF 350'000.-- für den öffentlichen Verkehr müssen mit den erwähnten 3 Mio. Franken für die Parkhäuser sowie dem jährlichen Aufwand von mehrere Millionen Franken für den Unterhalt von Strassen, Brücken usw. verglichen werden. Betreffend der „Doppel-Haltestelle Wasserturmplatz“ sei festgehalten, dass die Bushaltestelle beim Wasserturmplatz nebst dem Bahnhof der wichtigste ÖV-Umsteigepunkt in Liestal ist. Wegen dem Taktfahrplan fahren alle Busse fast gleichzeitig beim Bahnhof ab und kommen halt dann gleichzeitig beim Wasserturmplatz an. Das Gewerbe ist ja nicht daran interessiert, dass die Busse das Stedtli umfahren, indem sie vom Bahnhof direkt auf die Rheinstrassen-Kreuzung runterfahren. In anderen Städten werden bereits mit Erfolg sogenannte Doppel-Haltestellen betrieben, welche kürzere Warte- und Umsteigezeiten ermöglichen. Damit das Problem gelöst werden kann, ist eine Verlängerung der Bushaltekante beim Wasserturmplatz nötig, selbst wenn deshalb 7 Parkplätze aufgehoben werden müssen. In absoluter Nähe gibt es jedoch Parkhäuser mit mehreren hundert Parkplätzen. Die Stärkung des ÖV-Knotenpunktes Wasserturmplatz ist in seiner Fraktion unbestritten und macht auch aus Sicherheitsgründen Sinn. Im Zusammenhang mit der Reduktion des Durchgangsverkehrs bei der Büchelistrasse möchte er festhalten, dass Liestal seit Jahren darauf wartet, dass der störende Durchgangsverkehr von der Begegnungszone Büchelistrasse auf die Umfahrroute Kantinen- und Nonnenbodenweg verlagert wird. Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Einkaufszentrums Liestal sind nötig und diejenigen Autofahrer, die immer noch durch die Büchelistrasse fahren, sollen merken, dass dort eine Begegnungszone und keine Durchgangsstrasse ist. Dies wird wohl nur möglich sein, indem man die Durchfahrt über den Gestadeckplatz massiv erschwert. Nur das Resultat zählt und sollte die Umstellung der Lichtsignalanlage nicht den gewünschten Erfolg bzw. eine Abnahme des Durchgangsverkehrs bringen, so sollte der Stadtrat umgehend die ihm von der BPK vorgeschlagene Sperrung verfügen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass sich an dieser Stelle wunschgemäss noch der Stadtrat kurz melden kann.

Stadtrat Peter Rohrbach hofft, dass man nach der Einreichung verschiedener Vorstösse zum Thema Verkehr bzw. Unterbreitung der stadträtlichen Sammelvorlage doch eine Gesamtsicht bekommen hatte. Auch in der BPK ist der Grundsatz akzeptiert worden, dass nicht einzelne Verkehrsteilnehmergruppen bevorteilt werden.

- **Beratung und Beschlussfassung der einzelnen Vorstösse in der Reihenfolge der BPK-Anträge**

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass der Einwohnerrat nun punktuell die BPK-Anträge ab Seite 13 des Kommissionsberichtes beraten und beschliessen wird.

Bei den einzelnen Punkten nehmen zuerst der BPK-Präsident bzw. die Motionäre und/oder Postulanten Stellung.

Anschliessend können sich dann die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder äussern.

Im Anschluss an die Debatte wird er dann über die Anträge der BPK sowie allfällige Zusatz- und Änderungsanträge abstimmen lassen.

3.1 Wasserturmplatz

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, dass von ihrer Fraktion unter anderem die Überdachung des hinteren Teils inklusive dem Bereich der neuen Haltekante diskutiert wurde, womit sich die Besucherströme besser verteilen dürften. Das Hauptproblem dürfte aber bei der Poststrasse liegen, da diese zu viel motorisierten Verkehr zum Wasserturmplatz bringt und somit wäre die Sperrung der Poststrasse eine gute Option. Die Reduktion der Parkplätze wird grossmehrheitlich nicht bedauert und man wird grossmehrheitlich auch allen BPK-Anträgen zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass man wohl keine Lösung beim Wasserturmplatz und der Büchelstrasse finden wird, die alle befriedigt. Er bedauert es, dass man nun heute die einmalige Chance nicht nutzt und das Problem löst, indem man einfach etwas Farbe in der Mitte der Strasse anbringt und ein bestehendes Perron verlängert. Das Hauptproblem ist aber damit noch nicht gelöst, weil man damit den Verkehr nicht wegbringen kann. Dies ist nur mit einem Strassenausbau möglich oder indem die Poststrasse nur noch von den Bussen befahren werden darf. Mit der Sicherheitslinie hat man den Vorteil, dass die wartenden Busse nicht mehr überholt werden dürfen. Die wartenden Autos können aber den Nachteil mit sich bringen, dass die hinterliegende zweite Haltestelle wegen der stehenden Autokolonne nicht mehr von den Bussen genutzt werden können. Bereits bei der Neugestaltung des Wasserturmplatzes ist die Hälfte der Parkplätze vor wenigen Jahren geopfert worden und nun sollen nochmals 7 Parkplätze wegfallen. Es wäre wohl mutiger gewesen, den Wasserturmplatz gleich ganz von den Parkplätzen zu befreien und einer anderen Nutzung zuzuführen. Aus erwähnten Gründen wird er die BPK-Anträge nicht unterstützen.

Pascal Porchet (FDP) meint, dass ein Zentrum nur leben kann, wenn es vom Verkehr belebt wird und dazu zählt er auch den Fussverkehr. Der ÖV-Anteil macht einen 2/3-Anteil aus, wie dies bereits im BPK-Bericht festgehalten wird. Dass man in Liestal eine Bewegung will, ist wohl unbestritten, es geht nun nur noch um die Frage, in welcher Form dies geschehen soll. Eine mögliche Form sind ja die bereits realisierten Begegnungszonen, in welchen alle Verkehrsteilnehmer sorgfältig miteinander umgehen müssen. Beim künftigen Bau oder der Sanierung von öffentlichen Flächen sollen keine Hindernisse wie Schwellen usw. gebaut werden. In der BPK hatte er sich gegen den Antrag des Stadtrates bzw. der BPK betreffend der Bushaltestellen-Erweiterung ausgesprochen, weil er nicht eine Einstimmigkeit signalisieren wollte, zumal eine solche auch nicht die Meinung der Öffentlichkeit widerspiegeln würde. Und auch der in einer Zeitung erwähnte Eiertanz soll gar nicht stattfinden, denn vom Wasserturmplatz sollen alle Verkehrsteilnehmer und Stedtlbesucher profitieren können. Die Bushaltestelle stellt nun halt am falschen Ort, weil nicht zwei Busse hintereinander parkieren bzw. halten können und dieses Problem werden wir auch mit einer längeren Bushaltekante nicht lösen können. Die vom Verkehrsplaner vorgeschlagenen Massnahmen findet er gut, doch bei einzelnen Vorschlägen muss man schon noch ein Auge darauf haben. Eine Sternstunde hatte er erlebt, als Vertreter der Manor über eine zunehmende Tendenz bei den Kun-

denzahlen informiert hatten, denn genau solche Botschaften und Signale sollten auch weitergegeben werden.

Beat Gränicher (SVP) versteht es nicht, dass man nun doch wieder alle Fragen sowie Vorschläge und Meinungen vorbringt, die bereits in der BPK eingehend diskutiert wurden. Zu den BPK-Sitzungen wurden kompetente Sachverständige eingeladen, weshalb es für ihn nicht nachvollziehbar ist, weshalb sich heute das gesamte Parlament noch über eine Schliessung der Poststrasse usw. unterhalten soll, nachdem in der BPK gar Details diskutiert wurden. Ist es nötig, dass man hier und heute im Rat sinnlose Diskussionen führt, was rund CHF 1'600.-- an Sitzungsgeldern pro Stunde kostet? Er möchte nochmals dazu aufrufen, dass irgendwelche Vorschläge, Änderungen usw. von den Ratsmitgliedern ihren Fraktionsmitgliedern bzw. Kommissionsmitgliedern mitgegeben werden, damit diese bei der Vorberaterung des Geschäfts rechtzeitig eingebracht werden.

Fabian Eisenring (SP) kann das Votum seines Vorredners unterstützen. Er möchte sich deshalb an dieser Stelle wirklich nur zu den BPK-Anträgen betreffend dem Wasserturmplatz äussern. Der Wasserturmplatz ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für Liestal und die dortigen Sicherheitslücken müssen geschlossen werden, weshalb die SP-Fraktion den BPK-Anträgen zustimmen wird.

Anna Ott (GL) äussert, dass für ihre Fraktion die jetzige Situation auf dem Wasserturmplatz ebenfalls untragbar ist und die BPK-Anträge deshalb unterstützt werden. Denjenigen Votanten, die sich kritisch und ablehnend betreffend der Aufhebung der Parkplätze geäussert hatten, möchte sie mitgeben, dass doch 2/3 der Stedtlbesucher mit dem ÖV oder zu Fuss nach Liestal kommen und deshalb sollen diese auch von den Verbesserungsvorschlägen der BPK profitieren können. Auch sie findet, dass der neue Diskussionspunkt betreffend einer eventuellen Poststrassen-Schliessung tatsächlich im falschen Zeitpunkt thematisiert wird. Es ist schade, dass dieser Vorschlag nicht bei der Vorberaterung des Geschäfts in der BPK eingebracht wurde, damit sich die Fraktionen auch damit hätten auseinandersetzen können.

Stadtrat Peter Rohrbach führt aus, dass die früheren Entscheide bzw. baulichen Massnahmen betreffend den Verkehrsführungen bei der Poststrasse, dem Wasserturmplatz sowie dem Kantinenweg und dem Nonnenbodenweg für die Manor sehr wichtig waren, als es um das neue Einkaufszentrum an der Büchelistrasse ging.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass betreffend den BPK-Anträgen gem. Pkt. 3.1 der Vorlage Nr. 2014/144a keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er deshalb über diese abstimmen lässt.

Antrag

- a. *Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, den Stadtrat einzuladen, auf dem Wasserturmplatz im Bereich der Bushaltestelle eine Sicherheitslinie anzubringen.*

://: Der Antrag der BPK wird mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen genehmigt.

Ratspräsident Hein Lurf (FDP) informiert darüber, dass er bei den beiden anderen Anträgen die Reihenfolge ändern wird, da man ja zuerst die finanziellen Mittel gemäss Buchstabe c bewilligen sollte, bevor man die Mittelverwendung gemäss Buchstabe b beschliesst.

Antrag

- c. *Die BPK beantragt dem Rat mit 6:1 Stimmen, dem stadträtlichen Antrag betreffend Erweiterung der Bushaltestelle auf dem Wasserturmplatz zu folgen bzw. den im Budget 2015 (2014/146) vorgesehenen Betrag von CHF 100'000.00 zu genehmigen.*

://: Dem BPK-Antrag wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag

- b. *Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, den Stadtrat einzuladen, die Fläche im Bereich der verlängerten Bushaltekante so auszugestalten, dass sich die Personen, welche auf den Bus warten, gleichmässig an der Haltestelle verteilen können (Sitzgelegenheiten etc.).*

://: Mit 30 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen wird der BPK-Antrag genehmigt.

* * * * *

3.2 Bücheliplatz

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf die vorgängigen Voten und hält als BPK-Präsident fest, dass sich die Kommission auch beim Thema Bücheliplatz bei den Anträgen auf die Realitäten und nicht auf Visionen gestützt hatte, abgestützt auf Aussagen sowie Empfehlungen von Verkehrsexperten und weiteren Sachverständigen. Dies im Sinne einer „Politik der kleinen Schritte“. Sollten die unter Antrag b formulierten Massnahmen nicht funktionieren, so sollte der Vorschlag betreffend der Lichtsignalanlagen-Steuerung umgesetzt werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, die Mittefraktion sei mehrheitlich nicht glücklich betreffend der Politik mit kleinen Schritten. Die Ausweitung der Begegnungszone behindert wohl eher den Verkehr, kleinere Töpfe und eine bessere Sicht dürften wohl eher ein schnelleres Fahren mit sich bringen, die Wirkung einer längeren Rotlichtphase bei der Lichtsignalanlage wird in Frage gestellt und ein Teil der Fraktion meint, hier werde das Ross am Schwanz aufgezümt, denn es müsste grundsätzlich verhindert werden, dass die Autofahrer überhaupt in die Büchelistrasse fahren können. Massnahmen im Bereich des Hotel Engel und des Wasserturmplatzes wären wohl sinnvoller. Ihre Fraktion wird nicht alle BPK-Anträge einheitlich unterstützen und eine partielle Sperrung der Büchelistrasse ab Neuweg bis Gestadeckplatz wird von den meisten Fraktionsmitgliedern abgelehnt.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die Zufahrten vom Bahnhof bzw. der Poststrasse und von Lausen bzw. dem Gitterli sowie von Seltisberg her zum Törlplatz führen. Dieser Verkehr wird nicht oder nur ungenügend abgeleitet, weshalb man dann logischerweise die Büchelistrasse runterfährt. Das Problem kann ja wohl nicht gelöst werden, wenn man dann am Ende der Büchelistrasse einfach zumacht. Der Verkehr muss doch bereits oben so umgeleitet werden, dass dieser in den Kantinenweg und Nonnenbodenweg führt. Dass dies nicht möglich sein soll, glaubt er den Verkehrsexperten nun einfach nicht. Mit einer Verlängerung der Begegnungszone hätten die Busse noch längere Fahrzeiten und bei einer Verlängerung der Rotlichtphase bei der Lichtsignalanlage am Ende der Büchelistrasse würden dann die Meyer Wiggli-Strasse sowie weitere Strassen im Stedtli als Abkürzungen genutzt. Fazit ist, dass die Verkehrsführung betreffend der Büchelistrasse einfach noch nicht zu Ende gedenkt ist und deshalb weitere Massnahmen zu prüfen sind.

Lisette Kaufmann (GL) sagt, dass sich der Verkehr wie Wasser verhalte und so wird der Verkehr auch weiterhin durch die Büchelstrasse tröpfeln. Denn solange diese durchfahren werden kann, wird diese auch genutzt, in vielen Fällen wohl leider auch nur wegen der jahrelangen Gewohnheit. Der stadträtliche Vorschlag für eine Sperrung der Büchelstrasse ab dem Rumpel wäre vermutlich eine gute Lösung, um den Bücheliplatz vom Durchgangsverkehr befreien zu können. Wenn aber ein Durchgang dicht gemacht wird, wird sich auch der Verkehr analog dem Wasser einen anderen Weg suchen und diesen via Kantinenweg auch finden. Auch die BPK möchte die Politik der kleinen Schritte verfolgen, denn diese werden ja vermutlich auch zum Ziel führen. Die Grüne Fraktion wird die beiden BPK-Anträge unterstützen.

Hanspeter Meyer (SVP) war der Meinung, dass die BPK einen guten Kompromiss mit ihren verschiedenen Vorschlägen gefunden habe. In der Diskussion werden nun die verschiedenen Verkehrsteilnehmer einmal mehr gegeneinander ausgespielt und als Autofahrer komme er sich langsam wie ein Aussätziger vor. Die SVP-Fraktion stimmte wegen der Notwendigkeit einer Aufhebung von Parkplätzen zu und so darf sicher hie und da auch ein Entgegenkommen der Gegenseite erwartet werden. Die immer wieder erwähnte Zahl von einem 2/3-Anteil an ÖV- und Fussgängerteil kann nämlich nicht stimmen, denn die KMU-Erhebung vor 3 Jahren im Zusammenhang mit dem Weihnachtsverkauf hatte gezeigt, dass 73 % der Kunden aus den umliegenden Gemeinden und dem Oberbaselbiet kamen. Diese Kunden sind wohl in den wenigsten Fällen zu Fuss oder mit dem ÖV nach Liestal gekommen. Er bittet den Rat, den BPK-Anträgen zuzustimmen. Und wenn man schon Vergleiche betreffend den Investitionen in die Parkhäuser sowie den ÖV-Beiträgen anstellen möchte, müsste man auch die Parkgebühren-Einnahmen der Autofahrer berücksichtigen. Zu beachten wäre auch, dass man in Liestal noch nie Veloparkgebühren bezahlen musste.

Fabian Eisenring (SP) meint, auch seine Fraktion habe die Verkehrsverlagerung im Zusammenhang mit dem Bücheliplatz diskutiert und befürworte die vorgeschlagenen Massnahmen der BPK sowie die Politik der kleinen Schritte. Die BPK-Anträge wird man unterstützen.

Daniel Spinnler (FDP) teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion den BPK-Anträgen im Grundsatz zustimmen wird. Die von der BPK vorgeschlagene Lösung betreffend dem Einsatz eines Polers begreife er nicht ganz. Vor der Extremmassnahme bzw. Strassensperrung könnte man allenfalls noch seine persönliche Bitte betreffend einem Zubringerverbot prüfen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bittet darum, über den BPK-Vorschlag betreffend der vorgeschlagenen partiellen Sperrung separat abstimmen zu lassen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) glaubt nicht, dass man den Antrag der BPK aufsplitten und darüber separat abstimmen kann.

Diego Stoll (SP) hält als BPK-Präsident fest, dass der Antrag 3.2 Bst. b ein Gesamtpaket ist und darüber nicht separat abgestimmt werden kann. Denn wenn der 1. Teil des betreffenden Abschnittes und Antrages nicht funktionieren sollte, werden vom Stadtrat weitere Massnahmen gemäss 2. Teil des Antrages erwartet. Eine Aufspaltung würde auch den Kommissionswillen der BPK verfälschen.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass sich der Stadtrat mit den Anträgen bzw. Empfehlungen der BPK einverstanden erklären kann.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) stellt den Antrag, dass der BPK-Antrag 3.2 Bst. b unterteilt wird und über den ersten und zweiten Teil separat abgestimmt wird.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass er über den Zusatzantrag als Bst. c abstimmen lässt.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass es sich nicht um einen Zusatzantrag, sondern um einen Ordnungsantrag handelt, indem man über die zwei verschiedenen Vorschläge bzw. Anträge der BPK gemäss Buchstabe b einfach separat abstimmen lässt.

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf seine vorgängige Aussage und informiert darüber, dass in der BPK die Meinung vertreten wurde, dass man die Büchelstrasse unten nicht sperren will. Einstimmig hatte man dann entschieden, dass die Sperrung gemäss zweitem Abschnitt kommen soll, würden die weicheren Massnahmen gemäss dem ersten Teil des Antrages nicht realisiert werden können. Würde man den BPK-Antrag gemäss Vorschlag der Mittefraktion aufteilen, so könnte man gar noch meinen, dass man den Batzen und auch das Weggli haben kann. Dies wiederum entspricht nicht der Meinung und dem Antrag der BPK, weshalb er beliebt macht, dass man den Antrag der Mittefraktion ablehnt.

Daniel Spinnler (FDP) schlägt vor, dass man nun über den Antrag von Ratsmitglied Claudio Wyss abstimmt.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert auf Anfrage von Hanspeter Stoll (SP) darüber, dass von Claudio Wyss der Antrag schriftlich eingereicht wurde und es sich dabei um einen Einzelantrag und nicht um einen Antrag der Mittefraktion handelt. Der Antrag betreffend dem BPK-Antrag 3.2 Bst. b wird verlesen: „*Ich beantrage über den ersten und zweiten Teil separat abzustimmen*“.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass es sich bei dem vom ihm eingereichten Antrag um einen Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion handelt.

://: Der Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass betreffend den BPK-Anträgen gem. Pkt. 3.2 der Vorlage Nr. 2014/144a keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er deshalb über diese abstimmen lässt.

Antrag

a. *Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, das Postulat 2013/83 (Bücheliplatz – Befreiung vom Durchgangsverkehr) abzuschreiben.*

://: Mit 31 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen wird der BPK-Antrag genehmigt.

Antrag

b. *Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, den Stadtrat einzuladen, die folgenden Massnahmen zu treffen:*

- *Ersetzung der Töpfe beim Café Mühleisen durch kleinere Töpfe*
- *Erstellung einer zusätzlichen Sitzgelegenheit in der Büchelstrasse (bei der Garage)*
- *Erweiterung der Begegnungszone bis zum Neuweg (Rumpel)*
- *Empfindliche Verlängerung der Rotlichtphase bei der LSA am Gestadeckplatz*
- *Punktueller Einsatz von Geschwindigkeitskontrollen*
- *Zeitweiser Einsatz von Geschwindigkeitsanzeigen*
- *Regelmässige Durchführung von Verkehrsmessungen*

Falls der Kanton nicht bereit sein sollte, die LSA entsprechend den Wünschen der Stadt zu steuern, beantragt die Kommission dem Rat einstimmig, den Stadtrat einzuladen, die folgende Massnahme zu treffen:

- *Partielle Sperrung der Büchelstrasse ab Neuweg (Rumpel) bis zum Gestadeckplatz für den MIV (nicht hingegen für den ÖV)*

://: Der BPK-Antrag wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen genehmigt.

* * * * *

3.3 Parkplatzregime/Einkaufszentrum Liestal

Diego Stoll (SP) hält als BPK-Präsident fest, dass der Vorschlag und Antrag der Kommission gemäss Buchstabe a auch von den Verkehrsplanern in ihrem Bericht thematisiert wird. Auch der Antrag b betreffend der repräsentativen Umfrage wird von der BPK einstimmig unterstützt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert, dass die Mittefraktion den Antrag a einstimmig unterstützt, jedoch dem Antrag b grossmehrheitlich nicht zustimmen wird, da solche Abklärungen eher eine Aufgabe der KMU sein sollten.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) fügt betreffend dem Antrag b hinzu, dass bei ihm doch langsam das Gefühl aufkomme, dass der Stadtrat und die Verwaltung länger und mehr zum Einkaufszentrumsverwalter von Liestal werden. So hat sich der Stadtrat gemäss Ratsentscheid an der letzten Sitzung schon mit dem Einkaufsmix im Stedtli zu befassen. All solche Aufträge und Abklärungen können doch nicht Aufgabe der Politik sein, sondern dafür müssten die KMU verantwortlich zeichnen.

Verena Baumgartner (GL) äussert, ihre Fraktion wird dem ersten Antrag gemäss Buchstabe a zustimmen. Die von der BPK im zweiten Antrag vorgeschlagene Umfrage ist sicher eine gute Idee, damit man auch einmal konkrete Zahlen erhält, welche für künftige Entscheide dienlich sein könnten. Sie kann das Votum ihres Vorredners unterstützen und ist der Meinung, dass der Stadtrat die Umfrage wohl initiieren könnte und doch sollte die Umfrage von den KMU finanziert werden, welche ja von den Ergebnissen der Umfrage auch profitieren könnten. Bei der Umsetzung der Ergebnisse käme dann gegebenenfalls die Stadt auch wieder zum Zuge.

Bernhard Bonjour (SP) teilt mit, dass die SP-Fraktion allen Anträgen immer zugestimmt hatte. Dies wird sie nun auch beim Antrag a tun, doch werden beim Antrag b unterschiedliche Meinungen in der Fraktion vertreten. Eine repräsentative Umfrage macht auch nur dann Sinn, wenn man klare Ergebnisse bekommt. Die Koordination einer solchen Umfrage kann durchaus eine staatliche Aufgabe sein, hingegen sollte zumindest ein Teil der anfallenden Kosten von den Direktinteressierten getragen werden. Auch ist sich die SP-Fraktion nicht sicher, ob bei einer solchen Umfrage auch wirklich brauchbare Resultate herauskommen werden.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, seine Fraktion werde beiden BPK-Anträgen zustimmen. Betreffend den Kostenfolgen im Zusammenhang mit dem Antrag b hält er fest, dass im Zusammenhang mit solchen Umfragen durchaus auch Fachhochschulen usw. beauftragt werden könnten, was wesentlich zur Kostensenkung beitragen dürfte.

Diego Stoll (SP) erklärt als BPK-Präsident, dass es sich beim Antrag b um ein Versehen handelt und natürlich auch hier der Stadtrat prüfen sollte, ob er eine repräsentative Umfrage in Auftrag geben möchte oder nicht.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass betreffend den BPK-Anträgen gem. Pkt. 3.3 der Vorlage Nr. 2014/144a keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er deshalb über diese abstimmen lässt.

Antrag

- a. *Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, den Stadtrat einzuladen, die Vor- und Nachteile eines Parkplatzregimes für die Altstadt mit Zu- und Abfahrtssteuerungen und zentralem Parkleitsystem zu prüfen (inkl. Angabe der Kosten).*

://: Der BPK-Antrag wird einstimmig genehmigt.

Antrag

- b. *Die BPK lädt den Stadtrat einstimmig ein, eine repräsentative Umfrage in Auftrag zu geben, mit welcher eruiert werden kann, welcher (potenzielle) Kunde aus welchen Gründen (nicht) in Liestal einkaufen geht und wo es noch Verbesserungspotenzial gibt.*

://: Der Antrag der BPK wird mit 25 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

* * * * *

3.4 Einzelne Vorstösse

Antrag

- a. *Die BPK beantragt dem Rat mit 6:1 Stimmen, das **Postulat 2013/49 (Ortsbus-Bedürfnisabklärung)** abzuschreiben.*

Lisette Kaufmann (GL) hält anstelle von Postulantin Meret Franke fest, dass nach der Postulatsüberweisung von den Grünen die Ortsbus-Initiative lanciert wurde, weshalb sich die Postulantin und die Grüne Fraktion mit der Abschreibung des Postulates einverstanden erklären können.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag zum Postulat Nr. 2013/49 keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass das Postulat Nr. 2013/49 als erfüllt abgeschrieben wird.

* * * * *

Antrag

- b. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, das **Postulat 2010/135 (ÖV-Anbindung Rosenquartier)** abzuschreiben.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag zum Postulat Nr. 2010/135 keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass das Postulat Nr. 2010/135 als erfüllt abgeschrieben wird.

* * * * *

Antrag

- c. Die BPK beantragt dem Rat mit 4:2 Stimmen, das **Postulat 2011/152 (Sicheres Velofahren auf den Kantonsstrassen in Liestal)** nicht abzuschreiben.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, dass sich ihre Fraktion mehrheitlich gegen eine Abschreibung des Postulates ausspricht. Die Velowege sind ein wichtiges Thema für ihre Fraktion und die stadträtlichen Antworten genügen nicht, da es weiterhin eine Gesamtbetrachtung braucht, um auch die Schwachstellen definitiv angehen zu können.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch die Mittefraktion wird den BPK-Antrag betreffend einer Nichtabschreibung des Postulates Nr. 2011/152 unterstützen. Insbesondere die Kasernenstrasse und die Fraumattstrasse sind als Kantonsstrassen für die Velofahrer gefährlich, weshalb konkrete Lösungen nötig sind.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag zum Postulat Nr. 2011/152 keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 23 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschliesst der Einwohnerrat, dass das Postulat Nr. 2011/152 nicht abgeschrieben wird.

* * * * *

Antrag

- d. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, das **Postulat 2012/9 (Parkplatzanlagen Kanton)** abzuschreiben.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Postulant für den stadträtlichen Bericht und kann sich mit der Abschreibung seines Vorstosses einverstanden erklären, denn seitens Stadt kann vermutlich betreffend den kantonalen Parkplatzanlagen im Moment mehr gemacht werden.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag zum Postulat Nr. 2012/9 keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Abschreibung des Postulates Nr. 2012/9.

* * * * *

Antrag

- e. Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, das **Postulat 2012/21 (Zeughausplatz-Aufwertung)** abzuschreiben.

Diego Stoll (SP) hält als Postulant fest, dass er sich mit der Abschreibung des von ihm eingereichten Vorstosses einverstanden erklären kann.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag zum Postulat Nr. 2012/21 keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass das Postulat Nr. 2012/21 als erfüllt abgeschrieben wird.

* * * * *

Antrag

- f. Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, das **Postulat 2012/27 (Parkraum-Bewirtschaftungskonzept)** abzuschreiben.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag zum Postulat Nr. 2012/27 keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass das Postulat Nr. 2012/27 als erfüllt abgeschrieben wird.

* * * * *

Antrag

- g. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, das **Postulat 2012/219 („Elefantenbrügge“/“bank-square-arch“)** abzuschreiben.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) nimmt Bezug auf seine Erläuterungen eingangs der heutigen Ratssitzung bei der Traktandenlisten-Bereinigung und stellt fest, dass bei der Beratung des BPK-Antrages nun an dieser Stelle auch der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/219a thematisiert wird, welcher ursprünglich als 10. Geschäft separat traktandiert war. Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass sich die Postulanten sowie die Stadtrats- und auch Einwohnerratsmitglieder nicht zum Geschäft äussern möchten.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass das Postulat Nr. 2012/219 als erfüllt abgeschrieben wird.

* * * * *

Antrag

- h. Die BPK beantragt dem Rat mit 5:1 Stimmen, das **Postulat 2013/51 (Ausfahrt Oskar-Bider-Quartier)** abzuschreiben.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) hält als Postulant fest, dass er sich schon etwas mehr Kreativität bei der Beantwortung seines Vorstosses gewünscht hätte, denn all die zitierten Verkehrsnormen hätte er im Internet auch finden und lesen können. Er kann mit der Postulatsabschreibung aber auch leben.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag zum Postulat Nr. 2013/51 keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Gegen 1 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2013/51 als erfüllt abgeschrieben.

* * * * *

Antrag

- i. Die BPK beantragt dem Rat mit 5:1 Stimmen, das **Postulat 2013/71 (Verkehrs- und Mobilitätsstrategie)** abzuschreiben.

Diego Stoll (SP) sagt, auch er als Postulant könne sich mit der Abschreibung seines Vorstosses einverstanden erklären.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag zum Postulat Nr. 2013/71 sich keine weiteren Ratsmitglieder zu Wort melden.

://: Mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme beschliesst der Einwohnerrat, dass das Postulat Nr. 2013/71 als erfüllt abgeschrieben wird.

* * * * *

Antrag

- j. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, vom **Zwischenbericht zur Motion 2014/124 (Fussgängerzone Stadtkern)** Kenntnis zu nehmen.

Peter Küng (SP) sagt als Motionär, dass er dem BPK-Antrag ebenfalls zustimmen und dem stadträtlichen Vorgehens- und Kompromissvorschlag einverstanden erklären kann.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass betreffend dem BPK-Antrag zur Motion Nr. 2014/124 keine weiteren Wortbegehren mehr vorliegen.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat vom Zwischenbericht zur Motion Nr. 2014/124 Kenntnis.

265 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Parkplätze entlang Kasernenstrasse - Schriftliche Beantwortung der Interpellation „Sturz nach Kollision mit Autotüre: Velofahrerin tot“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/165)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass der Vorstoss auf Wunsch des Interpellanten gemäss Vorlage Nr. 2014/165a schriftlich vom Stadtrat beantwortet wurde.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) sagt als Interpellant, dass er die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach erfolgter Umfrage fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt als Interpellant, dass er den Vorstoss deckungsgleich als Landrat und als Einwohnerrat eingereicht habe. Dies nach den gemachten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Oristal-Unterführung, wo sich der Kanton und die Stadt betreffend seinen Fragen immer wieder den Ball zugespielt hatten. Ähnliche Antworten betreffend den Zuständigkeiten usw. werden nun auch im vorliegenden Fall vom Kanton gegeben. Eine eigentliche Antwort vom Stadtrat gibt es ja auch nicht, ist von diesem in seiner Antwort gemäss Vorlage Nr. 2014/165a doch einfach die regierungsrätliche Antwort zu seiner landrätlichen Interpellation reinkopiert worden. Ob dieser Ausdruck von Effizienz schlussendlich sinnvoll ist, weiss er selbst auch nicht. Die Kantons- bzw. Kasernenstrasse soll gemäss regierungsrätlicher Antwort ungefähr im Jahr 2018 neu gebaut werden und spätestens dann müssten auch konkrete Lösungen für die Velofahrer umgesetzt werden. Der in seinen Interpellationen erwähnte Unfalltyp soll jährlich etwa 3-mal vorkommen. Gemäss Auskunft des Liestaler-Velohändlers „Cellovello“ erhält dieser alleine jährlich rund 5 defekte Velos zur Reparatur, welche von ähnlichen Unfällen herführen. Die meisten solcher Unfälle werden aber nicht der Polizei gemeldet und sind somit gar nicht statistisch erfasst. Auf den in seinen Vorstössen gemachten Lösungsvorschlag gehen der Regierungsrat und der Stadtrat nicht wirklich ein. Ein um 50 cm grösserer Sicherheitsabstand zwischen dem Parkplatzrand und der Fahrbahn dürfte auch nicht die richtige Lösung sein und bei den meisten bestehenden Strassen kaum realisiert werden können. Er hofft, dass der Stadtrat seine Überlegungen und Vorschläge bei künftigen Strassenbauprojekten thematisieren und die nötige Aufmerksamkeit schenken wird, damit die Velofahrwege in Zukunft sicherer werden.

Vreni Baumgartner (GL) führt aus, dass das Problem auch in ihrer Fraktion erkannt wurde. Da die Kasernenstrasse eine Kantonsstrasse ist, wird der Interpellant vom Stadtrat wohl ja keine konkretere Antwort erhalten. Im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Kasernenstrasse werden die Vorschläge des Interpellanten sicher wieder aufgegriffen. Vielfach sind bauliche Massnahmen gar nicht möglich und so würde eine vermehrte Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer sicher mehr Sinn machen. Die Aufhebung von Parkplätzen entlang der Kasernenstrasse dürfte wohl ein Ding der Unmöglichkeit sein, obwohl dies für die Velofahrer die beste Lösung wäre. Ein anderer Lösungsansatz könnte es sein, wenn man den Velofahrern alternative und sichere Routen beispielsweise entlang der SBB-Bahnlinie anbieten könnte.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/165.

266 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Religionsunterricht in Primarschule - Interpellation „Religionsunterricht in der Primarschule“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion (Nr. 2014/166)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Roman Schmied, Grüne Fraktion*

**Interpellation
Religionsunterricht in der Primarschule**

Im Rotackerschulhaus, und möglicherweise in anderen Primarschulen, wird ökumenisch-christlicher Religionsunterricht während der Blockzeit angeboten. Die Kinder, die daran nicht teilnehmen, müssen während dieser Stunde in der Schule sein, sind aber unbeschäftigt, da keine Alternative zum christlichen Unterricht angeboten wird.

- 1. Warum werden die Schüler ungleich behandelt? Warum wird nur für einen Teil der Schüler ein Programm organisiert?*
- 2. Warum wird der Religionsunterricht während der Blockzeit angeboten, und nicht ausserhalb, da er nicht obligatorisch ist?*
- 3. Wäre es möglich, wie in Deutschland einen unkonfessionellen Ethikunterricht anzubieten?*

Liestal, den 16. Dezember 2014

Roman Schmied

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf den Vorstoss und beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt:

Zur Frage 1: Religionsunterricht wird in Abteilungen unterrichtet und dieser ist für die Schüler freiwillig. Schüler, die den Religionsunterricht nicht besuchen, nehmen am Unterricht der Klassenlehrer teil.

Zur Frage 2: Gemäss Bildungsgesetz wird den Landeskirchen Zeit und auch Raum für den Religionsunterricht zugestanden. Der Religionsunterricht soll deshalb nicht an die Randstunden verlegt und damit abgewertet werden. Da es nur wenige Lehrpersonen gibt, die Religionsunterricht erteilen, kann dieser Unterricht nicht an die Randstunden verschoben werden.

Zur Frage 3: Der neue Lehrplan sieht vor, dass in der Sekundarschulstufe bspw. Ethik, Religion und Gemeinschaft thematisiert werden. Im Fach „Natur, Mensch und Gesellschaft“ der Primarstufe wird dann auch Religionsunterricht erteilt.

Generell möchte er noch festhalten, dass sich der Stadtrat nicht in Lehr- und Stundenpläne einmischen möchte, da für diese die Schulpflegen zuständig sind. Wird jedoch von Eltern beispielsweise eine Unterbeschäftigung bei Kindern festgestellt, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, so müsste diesbezüglich die zuständige Lehrkraft als erste Ansprechperson kontaktiert werden. Als nächsthöhere Instanzen müssten dann gegebenenfalls die Schulpflege, der Schulrat, der Kanton usw. angerufen werden.

Er findet zudem den Religionsunterricht wichtig, denn unsere ganze Kultur ist von der Religion geprägt, weshalb dieser Unterricht ebenfalls zu einer umfassenden Bildung gehört. So wird der Religionsunterricht von Kindern anderer Religionen und Konfessionen auf freiwilliger Basis besucht.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach erfolgter Umfrage fest, dass vom Interpellanten die Diskussion gewünscht wird, was vom Rat stillschweigend und zustimmend bewilligt wird.

Roman Schmied (GL) meint als Interpellant, er habe vom Stadtrat genau diese Standard-Antworten erhalten, die er erwartet habe. Dass aber beispielsweise diejenigen Kinder, die den Religionsunterricht besuchen, den Unterricht der Klassenlehrkraft zu besuchen habe, stimme nun einfach nicht. Es ist wohl eine Lehrkraft präsent, doch die Kinder sitzen einfach herum. Und dass der staatliche Religionsunterricht während der Blockzeit zu erteilen ist, entspricht nun wirklich nicht mehr der Realität und sollte vielleicht doch einmal überdacht werden. Auch basiert unsere Kultur nicht alleine auf der christlichen Religion, sondern noch auf vielen anderen Dingen. Die stadträtlichen Antworten befriedigen ihn überhaupt nicht, er wird aber dem Rat des Stadtrates folgen und einen anderen Weg einschlagen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten zur Interpellation. Die Mittefraktion ist der Meinung, dass keine ungleiche Behandlung vorliegt und ein untätiges Herumsitzen derjenigen Kinder, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, kann sie persönlich nicht bestätigen. So haben muslimische Kinder während des Religionsunterrichts beispielsweise Förderunterricht in der deutschen Sprache. Der Religionsunterricht soll auf keinen Fall abgeschafft werden, denn die Kinder sollen wissen, weshalb wir Feste wie Ostern, Weihnachten usw. feiern.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) findet es interessant, wie man über Glaubensfragen diskutieren kann. Er persönlich findet die stadträtlichen Antworten sehr gut, denn nach wie vor ist die Schweiz ein christliches Land, welches auch die Trennung von Kirche und Staat kennt. Zudem sollen Kinder nicht bestraft werden, indem man den Religionsunterricht auf die Randstunden verlegt. Der Religionsunterricht hat nichts mit einer reinen Missionierung zu tun, denn in diesem Unterricht darf man sich auch kritisch mit dem Glauben auseinandersetzen und dann selber dann die Schlüsse daraus ziehen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/166.

267 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Plakatierungen - Interpellation betreffend wilden Plakatierung von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2014/167)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer, namens der SVP-Fraktion

***Interpellation
betreffend wilde Plakatierung***

In letzter Zeit hat die wilde, unkontrollierte Plakatierung massiv zugenommen. Dabei werden keine öffentlichen und privaten Gebäude verschont (Bushaltestellen, Törl, Bauabsperungen, Durchgänge, Gartenhage usw.). Auffallend ist auch, dass jeweils an einem Ort bis zu 10 gleiche Plakate aufgehängt werden. Sind dann die Veranstaltungen vorüber, wird kaum einmal ein Plakat entfernt. Eine Unsitte ist auch, dass immer wieder grossflächig bereits angebrachte Plakate überklebt werden. Für ein schönes und sauberes Stadtbild ist die ganze Situation nicht förderlich. Deshalb unsere Fragen:

- 1. Wer ist zuständig für die Überwachung einer sauberen Plakatierung?*
- 2. Nach welchen Kriterien werden durch die Stadt Kontrollen durchgeführt?*
- 3. Werden Veranstalter, die gegen die Vorschriften verstossen, gebüsst?*

Liestal, 15. Dezember 2014

Stadträtin Regula Nebiker beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt:

Zur Frage 1: Für die Umsetzung des Reklamereglementes zeichnet das Stadtbauamt verantwortlich. Das Stadtbauamt nimmt auch Reklamationen betreffend Plakatierungen entgegen, welche nicht reglements-konform sind.

Zur Frage 2: Die Mitarbeitenden im Aussendienst bzw. der Betriebe beachten bei der Verichtung ihrer Arbeiten auch die Plakatanschlagstellen. Diese nehmen zudem Hinweise von anderen Bereichen sowie der Bevölkerung entgegen und erledigen das Nötige möglichst unbürokratisch und mit einem gewissen Augenmass. Die vom Interpellanten gemachten Feststellungen betreffend grossflächigen Plakatierungen kann sie nicht bestätigen, wenn es um die öffentlichen Plakatanschlagstellen geht. Für die privaten Anschlagstellen ist die Stadt nicht zuständig.

Zur Frage 3: Bis jetzt mussten noch keine Bussen ausgesprochen werden und auch das Entfernen der Plakate hatte nach den vergangenen Wahlen doch recht gut funktioniert. Der Stadtrat ist der Meinung, dass das Reklamereglement doch recht gut umgesetzt wird und bei der Feststellung von Verstössen sollte das Stadtbauamt kontaktiert werden.

Hanspeter Meyer (SVP) wünscht als Interpellant die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) bedankt sich für die stadträtlichen Antworten. Im Januar hatte er beim Stabhof-Durchgang auf einer Länge von 30 Metern insgesamt 125 Plakate gezählt und mit denselben Plakaten sind auch Kulturnägel der Stadt überklebt worden. Für ein vermehrtes Augenmerk in der Zukunft dankt er bestens.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/167.

268 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Markt - Postulat der SVP-, SP- und FDP-Fraktion sowie von Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend dem Liestaler Markt (Nr. 2014/168)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Hanspeter Meyer, namens der SVP-Fraktion
Hanspeter Stoll, namens der SP-Fraktion
Werner Fischer, namens der FDP-Fraktion
Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP)*

**Postulat
betreffend Liestaler Markt**

Einleitung

Seit rund 730 Jahren werden in Liestal Märkte abgehalten. Es ist unbestritten, dass die wirtschaftliche Bedeutung heute nicht mehr derart gross ist wie früher. Trotzdem sind Märkte immer wieder ein grosser Publikums-Magnet. In Liestal bietet sich eine einmalige Marktatmosphäre, sind doch unsere Altstadtgassen für solche Anlässe bestens geeignet.

Leider ist der Liestaler Markt – vor allem in den letzten paar Jahren – zu einem bedeutungslosen Anlass heruntergekommen. So wäre es z.B. übertrieben, vom diesjährigen Oktober-Markt überhaupt noch von einem Markt zu sprechen, waren doch – wild verstreut – nur noch wenige Stände zu finden (davon eine grosse Zahl von Getränke- und Ess-Ständen). Die einst so grosse Anziehungskraft für das Publikum – vor allem aus dem oberen und mittleren Baselbiet – ist völlig verloren gegangen. Es scheint so, dass bei der Stadt gar kein Interesse mehr an diesem Anlass besteht. Anders lässt es sich nicht erklären, dass die bisher derart gut gelegenen Markt-Termine äusserst unglücklich verschoben wurden (Schulferien). Die in den letzten Jahren im Einwohnerrat eingereichten Vorstösse haben an dieser Situation gar nichts geändert. So macht der Liestaler Markt wirklich keine Freude mehr.

Was muss sich ändern?

Der Einwohnerrat möchte mit diesem Vorstoss ein Bekenntnis für Liestal als Marktort ablegen (das ist auch ein Teil des Stadt-Marketings). Dazu müssen aber Grundlagen geschaffen werden, den Markt auf eine neue Basis zu stellen. Der Markt muss wieder „das Erlebnis“ in Liestal werden. Ziel muss sein, wieder Märkte mit 120 Ständen und mehr zu organisieren. Zudem sind auch Vergnügungsgeschäfte (Röslirytli, Autobahn, Schiessbuden usw) zu berücksichtigen. Auch die Frage der Standorte ist ein wichtiger Teil für die Neuausrichtung des Marktes. Eine kompetente Ansprechperson der Stadt, die sich mit dem Marktwesen identifiziert oder zumindest auskennt, muss dieses Ressort nach innen und aussen betreuen und vertreten. Hier ist ein Engagement mit Herzblut gefragt. Die Anliegen der Marktfahrer sind ernst zu nehmen.

Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen, so rasch als möglich alle interessierten Kreise zu einer Auslege-Ordnung betr. Markt einzuladen und daraus dann die entsprechenden Änderung zu erarbeiten und vorzuschlagen. Ziel muss sein, dass spätestens wieder ab 2016 Märkte, die ihren Namen verdienen, in Liestal stattfinden.

Liestal, 15. Dezember 2014

Stadtrat Franz Kaufmann informiert darüber, dass der Stadtrat bereit sei, den neuen Vorstoss zu übernehmen.

Hanspeter Meyer (SVP) meint als Postulant, dass es wichtig sei, dass raschmöglichst etwas passiere und ein runder Tisch einberufen wird, denn es pressiert nun wirklich. In der Vergangenheit ist vieles betreffend dem Liestaler-Markt kaputt gegangen und es wird schwierig sein, dass die Marktfahrer und -besucher wieder nach Liestal kommen werden. Dass Märkte nach wie vor gute Events sein können, zeigen doch die Märkte in Lausen, Sissach usw.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) ist als Postulantin davon überzeugt, dass ein Markt bei guter Bewirtschaftung rentabel sein kann. Auch sollten die Marktdaten 2015 nochmals überprüft werden, denn es kann ja nicht sein, dass mit Ausnahme des Juni-Marktes alle Liestaler-Märkte in die Schulferien fallen. Auch sollten die Marktfahrer auf der Stadt eine Ansprechperson haben, die sie gut und freundlich bedient.

Hanspeter Stoll (SP) erklärt als Mitunterzeichner des Postulates, dass es nun pressiert und konkret etwas unternommen werden sollte, denn obwohl das Marktwesen hier im Rat schon mehrmals diskutiert wurde und vom Stadtrat mehrmals Versprechen abgegeben wurden, ist nichts Konkretes passiert. In der Marktkommission sind aktuell praktisch alle neue Leute drin und die Verwaltung ist in dieser Kommission länger und mehr immer weniger darin vertreten. Auch sind viele Marktfahrer nicht mit dem neuen Marktchef nicht einverstanden, welcher von der Stadt aus der Reihe der Marktfahrer gewählt wurde. Die Einberufung eines runden Tisches ist dringend und Handlungsbedarf nötig, denn auch bei den noch übrig gebliebenen Marktfahrern sind Unsicherheiten und Fragen betreffend der Zukunft des Liestaler-Marktes vorhanden.

Werner Fischer (FDP) erhofft sich als Postulant, dass man in Zukunft auch vermehrt regionale Anbieter sowie lokale Produkte auf dem Markt in Liestal antreffen und finden wird.

Lisette Kaufmann (GL) meint, dass die Tatsache, dass der Markt heute nicht mehr so viele Leute wie früher anlockt, wohl nicht alleine mit der schlechten Organisation begründet werden kann. So hat doch das Marktangebot in den letzten Jahren keine wesentlichen Änderungen erfahren und das Einkaufsverhalten hat sich wesentlich verändert, denkt man beispielsweise an die Kaufangebote im Internet usw. Vielleicht ist die Zeit für einen Warenmarkt, wie man ihn bisher in Liestal kannte, ganz einfach abgelaufen. Andere Märkte in Sissach, Oltingen usw. sind wohl ein riesiges Publikumsmagnet und sind fast ein kleines Dorffest. Am runden Tisch müsste man vielleicht auch mögliche grössere Änderungen diskutieren, was beispielsweise auch die Häufigkeit und den Zeitpunkt der Märkte betreffen könnte. Ihre Fraktion ist geteilter Meinung, wenn es um die Überweisung des Postulates geht.

Roman Schmied (SP) weist darauf hin, dass sich die Märkte von einer wirtschaftlichen Notwendigkeit in den früheren Jahren wohl länger und mehr zu einem Volksfest entwickelt haben. Die Postulanten möchten, dass der Markt wieder zu einem Erlebnis werden soll, doch muss ein Fest ja nicht unbedingt markt-gebunden sein. Auch ohne Markt kann man in regelmässigen Abständen Feste und Anlässe organisieren. Das Postulat ist für ihn zu eng formuliert und lässt nicht viel Spielraum für Neues offen.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, dass Märkte nun nicht einfach der Kategorie „Volksfeste“ zugeordnet werden dürfen. Auf Märkten können doch beispielsweise Landwirte ihre regionalen Produkte anbieten, womit sie durchaus lukrative Absatzmöglichkeiten erhalten. Die Prüfung des Postulates bzw. die Förderung des Liestaler-Marktes macht aus verschiedenen weiteren Gründen Sinn.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2014/168 an den Stadtrat überwiesen.

269 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Familienergänzende Kinderbetreuung - Schlussbericht Stadtrat zum Postulat „Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung“ von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2013/38)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf den zweiten Bericht des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2013/38b unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadrätlichen Vorlage an die GOR-Kommission zur Vorberatung vor.

Die Ratsmitglieder möchten sich nun dazu äussern, ob die Vorlage direkt beraten oder an eine einwohnerrätliche Kommission überwiesen werden soll.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) äussert, dass es ihrer Fraktion wichtig ist, dass auch die Betreuung in den Tagesfamilien auf der Subjektfinanzierung basiert und eine Vereinheitlichung im Zusammenhang mit der familienergänzenden Kinderbetreuung inkl. Tarifordnung erfolgt. Auch sollte in der Verwaltung eine Zusammenlegung bei denjenigen Bereichen erfolgen, welche sich mit den Tagesstrukturen im FEB-Bereich befassen. Die Bemessungsgrundlagen sollten einheitlich sein und nicht beispielsweise im einen oder anderen Fall noch die Vermögensverhältnisse sowie weitere möglich Aspekte eine Rolle spielen. Eigentlich sollten auch Familien berücksichtigt werden, die eine KITA ausserhalb Liestal nutzen, wobei dies im Rahmen des vorliegenden Vorschlages mit einer Begrenzung des Kostenrahmens auf CHF 300'000.--, den vertraglichen Regelungen usw. wohl nicht möglich sein wird. Vielleicht wäre dies aber in einem späteren Zeitpunkt mit einem grösseren Budgetbetrag usw. doch noch möglich.

Corinne Ruesch (GL) meint, dass es sich um eine komplexe Vorlage handelt und deshalb unterstützt ihre Fraktion eine Vorberatung durch die GOR. Diese sollte insbesondere die Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit den drei vorgeschlagenen Varianten und Konsequenzen überprüfen. Die Grüne Fraktion spricht sich weiterhin für eine Subjektfinanzierung aus, weil die Stadt bei der Objektfinanzierung wenige Steuerungsmöglichkeiten hat. Es ist dann den Krippen überlassen, zu welchen Bedingungen sie ihre Plätze anbieten möchten.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) hält fest, dass er es vergessen hatte, den Postulanten vorgängig den Fraktionssprechern das Wort zu erteilen. Die Postulanten möchten sich nun jetzt zu Wort melden.

Patrick Mägli (SP) meint als Postulant, dass nach langem Warten der Bericht zum Postulat doch noch vorgelegt wurde, wofür er dem Stadtrat danken möchte. Die stadrätliche Vorlage dürfte in die richtige Richtung gehen. Natürlich bevorzugt er selbst die KITA-Variante 3, welche aber kaum finanzierbar sein dürfte. Auch ist es ihm wichtig, dass man von der Objektfinanzierung wekommt und die finanziellen Unterstützungen direkt den Eltern entrichtet werden, weshalb er die Variante 2 auch nicht unterstützen kann. In der Kommissionsberatung sind sicher noch diverse Fragen zu klären. Die Zusammenführung der verschiedenen Bereiche innerhalb der Verwaltung gemäss Vorschlag seiner Vorrednerin kann er ebenfalls unterstützen, was man beim vorliegenden Reglement auch berücksichtigen sollte, wenn dies überhaupt machbar und realistisch ist. Seine Fraktion kann der Überweisung an die GOR zustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion sei ein Freund der Subjektfinanzierung. Nach Sichtung der umfangreichen Erlasse sind aber doch Zweifel aufgekommen, ob dies für die Verteilung von max. CHF 300'000 pro Jahr die richtige Lösung ist. Bei der Entscheidungsfindung sollte deshalb auch der bürokratische Aufwand mitberücksichtigt und gegebenenfalls doch noch der Objektfinanzierung der Vorzug gegeben werden. Diese dürfte schlussendlich einfacher zu bewältigen sein und bedarf keiner zusätzlichen Verwaltungsstellen, um das ganze administrative Monster im Zusammenhang mit der Subjektfinanzierung gemäss stadträtlichem Vorschlag bewältigen zu können. Das Postulat Nr. 2013/38 basiert auf einem Kompromiss, in welchem unter anderem auch der Kostenrahmen auf TCHF 300 plafoniert und somit ist auch die Variante 3 nicht behandelbar. Geprüft sollten deshalb lediglich die Varianten 1 und 2 sowie mögliche Vereinfachungen betreffend den reglementarischen Bestimmungen. Ist es wirklich nötig, dass bspw. Gesuchsteller ihre Steuerunterlagen bei der KITA abgeben müssen oder könnte man nicht einfach von Amtes wegen die Steueranlagung sichten? Und will man wirklich versuchen, die Tarife der Anbieter direkt zu steuern, obwohl bei der Subjektfinanzierung die guten Anbieter sowieso profitieren dürften und die Anbieter bezüglich der KITA-Tarife wohl nur sehr ungern der Stadt eine Mitsprache zugestehen werden. Seine Fraktion stimmt einer Überweisung an die GOR ebenfalls zu.

Markus Rudin (SVP) gibt bekannt, die SVP-Fraktion werde der Überweisung an die GOR ebenfalls zustimmen.

Als GOR-Präsident ruft er die Fraktionen auf, die Anliegen sowie Fragen bei den GOR-Mitgliedern zu deponieren, damit diese dann in der Kommissionsvorberatung berücksichtigt und thematisiert werden können.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2013/38b an die GOR-Kommission.

270 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Schulsozialarbeit - Zweiter Bericht des Stadtrates zum Postulat von Dominique Meschberger der SP-Fraktion betreffend Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule (Primarstufe); wiederkehrende Personalkosten (Nr. 2014/122)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf den zweiten Bericht des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2013/38b unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die SBK-Kommission zur Vorberatung vor.

Nach einer ersten Stellungnahme der Postulantin möchten sich dann die Ratsmitglieder dazu äussern, ob die Vorlage direkt beraten oder an eine einwohnerrätliche Kommission überwiesen werden soll.

Dominique Meschberger (SP) hält als Postulantin fest, dass sie eine Vorberatung in der SBK-Kommission ebenfalls unterstützen. Auch die SP-Fraktion der Überweisung der Vorlage an die SBK zustimmen.

Bruno Imsand (FDP) legt dar, dass er als Stiftungsratspräsident der Kettiger-Stiftung bestätigen kann, dass von den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern gute Arbeit geleistet wird, können doch von diesen viele Probleme gleich vorne an der Front gelöst werden. Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag für die Überweisung an die SBK. Von der vorberatenden Kommission sollte aber geklärt werden, ob es das vorgeschlagene Pensum gleich von Anfang an braucht. Fraglich ist auch, ob es nebst einem Schulsozialarbeiter auch noch einen Sozialpädagogen braucht.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, die Mittefraktion wird der Überweisung an die SBK zustimmen.

Lisette Kaufmann (GL) hält fest, dass noch einige Detailfragen zu klären sind und deshalb ihre Fraktion eine Vorberatung durch die SBK befürwortet.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, dass ebenfalls ein Mitmachen einer Nachbargemeinde zur besseren Auslastung der neuen Schulsozialarbeit-Stelle geprüft und geklärt werden sollte.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2014/122b an die SBK-Kommission.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Heinz Lurf

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann